

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

10.6.1932 (No. 133)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrieder-  
Straße Nr. 14  
Berufsprüfung  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
G. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen latenter Rabatt, der als Kaszarabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Begehung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Offiziers- und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Verlässe über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Rhein und die Rheinschiff- fahrt im Wandel der Zeiten

Von Oberregierungsrat Deisler, Abteilungs-  
direktor a. D., Karlsruhe

#### II. (Fortsetzung)

Die politischen Verhältnisse, die vielen Abgaben und Bölle sowie das Stapelrecht wurden durch die französische Revolution stark beeinflusst. Durch den Frieden von Lunéville fiel das ganze linke Rheinufer an Frankreich, die dadurch geschädigten deutschen Fürsten wurden durch die Mediatisation und die Säkularisation entschädigt, d. h. viele vorher unmittelbare Reichsstände und Reichsstädte wurden unter die Oberhoheit größerer Fürsten gestellt, Kirchengüter eingezogen und drei geistliche Kurfürsten verloren ihre Länder. Durch die Rheinbundakte von 1806 wurde Frankreich Herr des Rheins. Napoleon I. besiegte mit einem Schlag viele kleine Territorialherrschaften und damit verschwanden die vielen Abgaben und Bölle auch auf dem Rhein, an deren Stelle er eine einheitliche internationale Schiffsabgabe (Okroi) sowie eine internationale Regelung der Schiffsahrt schuf. Der Rhein wurde zu einem Deutschland und Frankreich gemeinsamen Fluß erklärt und zur Verwaltung und Erhebung des Okrois eine internationale Behörde eingesetzt. Das Stapelrecht blieb bestehen, weil es in die Pläne Napoleons paßte, den Durchgangsverkehr auf dem Rhein zu drosseln; er sollte über Straßburg durch die französischen Kanäle von und zu den französischen Seehäfen abgelenkt werden. Nach Napoleons Sturz erfolgte auf dem Wiener Kongreß eine neue Festlegung der Schiffsahrtrechte für alle deutschen Flüsse. Die Freiheit der Schiffsahrt auf dem Rheine von dem Punkte an, wo der Rhein schiffbar, jusqu'à la mer, wird feierlich verkündet. Allgemein werden Eingriffe einzelner Uferstaaten in die Schiffsahrt ausgeschlossen. Alle bezüglich Fragen sollen durch Übereinkunft aller daran beteiligten Uferstaaten gemeinsam geregelt werden.

Zu diesen allgemeinen Grundsätzen der Wiener Schlußakte wurde damals eine besondere Ordnung für den Rhein aufgestellt. Diese bringt endlich die Aufhebung aller Zwangs- und Stapelrechte; sie bestimmt ferner, daß die Schiffsahrtabgaben für den ganzen Lauf einschließlich der Mündungen des Rheins und der Nebenflüsse einheitlich, einfach und möglichst niedrig sein sollen. Zur Überwachung wird eine Zentralkommission eingesetzt. Der Vollzug der Wiener Akte stieß auf Hindernisse. Holland erklärte nämlich, die freie Schiffsahrt auf dem Rhein sei nur jusqu'à la mer und nicht jusque dans la mer garantiert. Es hielt sich zu fordern berechtigt, daß die von der See rheinwärts kommenden Güter in den holländischen Häfen umgeschlagen werden müßten, und daß es einen Durchfuhrzoll erheben dürfe. Die Streitfrage fand ihre endgültige Lösung erst durch eine Übereinkunft der Uferstaaten, die Mainzer Schiffsahrtakte von 1831. Holland verzichtete auf den Anspruch der Umladung im Rhein-See-Verkehr, erhielt aber das Recht, für die Durchfuhr durch Holland an dem Okroi entsprechende Abgabe zu erheben. Die Aufhebung des Stapelrechtes wurde in der Mainzer Akte erneut ausgesprochen, weil die Städte Köln und Mainz diese Auflage der Wiener Schlußakte nicht durchgeführt hatten und hierin von Holland unterstützt worden waren, das, wie diese Städte, aus dem Umschlagsrechte Nutzen gezogen hatte. Holland verachtete einfach nach Köln, wo die Waren weiterverkauft wurden. Köln, wo sich ein sehr lebhafter Handelsverkehr entwickelte, wurde so zu einer Handelsmetropole. Die Aufhebung des Stapelrechtes schädete ihm nun kaum mehr etwas. Mainz dagegen mußte, wie sich in der Folge zeigte, durch die Beseitigung des Umschlagsrechtes empfindlich leiden. Deshalb wehrte es sich gegen die Aufhebung. Sobald der Umschlag daselbst wegfiel, führten die Schiffe bis Mannheim oder Frankfurt durch, wo sich ohnehin schon ein bedeutender Handel entwickelt hatte. Mannheim gewann außerordentlich; es wurde jetzt erst in vollem Sinne Endpunkt der Großschiffsahrt und schwang sich rasch zu einem wichtigen Handelsplatz auf.

Seit 1831 war somit die Schiffsahrt frei, mit Ausnahme einer Fessel, der Schiffsahrtabgabe (Okroi), die in der Folgezeit teilweise ermäßigt, teilweise durch Sonderverträge beseitigt wurde. Sie verschwand nach und nach ganz. Dieser Umstand und die fortschreitende

### Letzte Nachrichten

#### Süddeutschland und das Reich

Zustimmende Antwort des Reichspräsidenten  
an die süddeutschen Minister- und Staatspräsidenten

WTB. Berlin, 10. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident hat den Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden auf die telegraphisch an ihn gerichtete Bitte um Empfang geantwortet, daß er gerne bereit sei, die Herren zu der gewünschten gemeinsamen Besprechung zu empfangen, und zwar in Gegenwart des Reichskanzlers. Als Zeitpunkt hat der Herr Reichspräsident Sonntag, den 12. Juni, 11 Uhr vormittags, festgesetzt.

München, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Münchener N. N.“ schreiben, es sei ein nicht alltäglicher Vorgang, daß die Ministerpräsidenten mehrerer Länder gemeinsam um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachsuchen. Man muß daraus schließen, sagt das Blatt, daß besonders ernste Sorgen sie dazu bewegen haben. Es läßt sich natürlich schwer erraten, daß Fragen, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern betreffen, in der erbetenen Unterredung mit dem Reichspräsidenten erörtert werden sollen und die süddeutschen Ministerpräsidenten das Bedürfnis fühlen, die Stellungnahme ihrer Länder zu diesen Problemen darzulegen. Die Art und Weise, wie der neue Reichskanzler in die preussische Frage eingegriffen hat, und die gleichzeitig wieder aufgetauchten Erwägungen über die evtl. Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen wurden im Süden nicht ohne Beunruhigung verfolgt.

#### Morgen eine Rede des Reichskanzlers Vor dem Reichslandwirtschaftsrat

WTB. Berlin, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Bei der morgigen Sitzung des Reichslandwirtschaftsrats wird nicht nur Reichsernährungsminister v. Braun eine Rede halten, sondern außerdem auch Reichskanzler v. Papen sprechen. Er wird außerdem die morgige Sitzung der vereinigten Reichsratsausschüsse mit einer kurzen Ansprache einleiten.

#### Empfänge bei der Reichsregierung Die Wünsche der Städte

WTB. Berlin, 10. Juni. (Tel.) Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk empfing am Freitag den Präsidenten des Reichsstädtebundes, Dr. Gaebel, der ihm im Hinblick auf die kommenden Reichsnoteverordnungen die besonders schwierige Lage der kleinen und mittleren Städte darlegte.

In kommunalen Kreisen verläutet, daß die Gemeinden Anlaß zu der Vermutung zu haben glauben, daß auch die Regierung Papen mindestens die 700 Millionen für die Gemeinden bereitstellen wolle, die das Kabinett Brüning vorgeesehen hatte. Dagegen ist noch ungeklärt, wie die Beseitigung der Kommunen an der Arbeitslosenversicherung nach den angekündigten Reformen der Reichsregierung sich gestalten wird.

Die Notlage der Gemeinden. Der Reichskanzler hat am Donnerstag den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, den Berliner Oberbürgermeister Sahn und den Präsidenten des Deutschen Städtebundes, die ihm die Notlage der deutschen Gemeinden schilderten, empfangen. Bei den Verhandlungen hat der Reichskanzler immer wieder darauf hingewiesen, daß eine vollständige Umorganisation der Sozialversicherung durch Noteverordnungen erfolgen wird.

#### Coolidge Gesandtschaft Hoover's?

WTB. New York, 10. Juni. (Tel.) Die Bewegung, Coolidge als Gesandtschaft Hoover's aufzustellen, ist im ständigen Wachsen begriffen. Wie „Gerald Tribune“ aus Chicago meldet, will die Bewegung durch den Hinweis auf die „Coolidge'sche Prosperität“ das öffentliche Vertrauen wiederherstellen.

Entwicklung forderten eine, den neuen Verhältnissen entsprechende Neuordnung, die ihren Niederschlag in der Mainzer Rheinschiffsahrtakte von 1869 fand. Die Abgabefreiheit und die Freiheit des Durchgangsverkehrs sowie die Gleichberechtigung der fremden mit der eigenen Flagge wurde garantiert und der Geltungsbereich scharf umgrenzt mit: „von Basel bis ins offene Meer!“ Gegen diese bis zum Versailler Friedensdiktat, also rund 50 Jahre, gültige Ordnung hat Preußen im Jahre 1911 aus Gründen des Wettbewerbes der Rheinschiffsahrt gegen die Eisenbahn einen Vorstoß unternommen und versucht, für die Durchfuhr durch Preußen Schiffsahrtabgaben wieder einzuführen, ein Versuch, der am Widerspruch der Vertragsstaaten, besonders Hollands, scheiterte. (Fortsetzung folgt.)

### Wirtschaftliche Umschau

Kapitalmarkt und Politik — Die Lage der Kredit-  
institute — Die Kohlenkrise

Es bedeutet sowohl eine Erschwerung wie eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, daß sich ihnen dauernd auch noch akute politische Schwierigkeiten hinzugesellen. Die Vorgänge, die wir in der letzten Woche an den Börsen erlebten, geben nichts weniger als einen Ausblick darauf, daß und wann der Markt der langfristigen Kredite wieder in Gang kommt. Davon aber hängt auch die Zukunft der wirksamsten Arbeitsbeschaffung, der aus privaten Unternehmungen ab. Zur Schwierigkeit der absoluten Kapitalknappheit im Inland kommt noch das Andauern der Vertrauenskrise, ohne deren Beendigung eine Besserung nicht denkbar ist. In diesem Zusammenhang ist es — wobei die politischen Gesichtspunkte außer Betracht bleiben können — notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Ressortminister des neuen Reichskabinetts durchweg tüchtige Sachleute von Format sind, daß vor allem der neue Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, was er schon bisher als Ministerialdirektor gezeigt hat, entschieden gegen jedes inflationistische Experiment eingestellt ist. Bei der ersten Gelegenheit haben außerdem Reichskanzler von Papen wie Reichsbankpräsident Dr. Luther, der als Exponent des Festhaltens an der Währungsstabilität gelten kann, erklärt, daß an der deutschen Währung nicht gerüttelt werden dürfe.

Die Vorgänge, die sich in der letzten Woche an den Börsen ereigneten, waren in erster Linie auf Währungsangst zurückzuführen, wenn auch im Hintergrund noch Befürchtungen standen, daß der Zinsabwertung durch die letzte Noteverordnung noch weitere Zinsabwertungen folgen könnten. Inzwischen hat sich das Privatpublikum, das, tatsächlich von einer Panik ergriffen, festverzinsliche Papiere veräußerte und Aktien für den Erlös erwarb, deren Kurse dadurch in die Höhe gingen, beruhigt. Die Kurse der festverzinslichen Werte, Anleihen und Pfandbriefe, haben sich wieder erholt, als nach der Erklärung der neuen Regierung die geschilderten Befürchtungen wieder zu weichen begannen. Die geschilderte berufsmäßige Spekulation wird aus all den Vorgängen zum Schaden mancher, die ihre Ersparnisse in Renten angelegt hatten und nun den Kopf verloren, schon ihren Vorteil gezogen haben. Eines zeigen aber wieder die Erscheinungen an den Börsen, nämlich, daß trotz der neun Jahre, die nun beinahe seit dem Abschluß der Inflationsperiode vergangen sind, die Erfahrungen der damaligen Zeit noch fortwirken, daß die Sachwertidee sofort wieder auflebt und daß prompt die Märkte reagieren, sobald auch nur die Befürchtung Platz greift, es könnten Währungsexperimente versucht werden.

Die Zahlen, die in der letzten Zeit über die Kapitalbildung in Deutschland veröffentlicht wurden, sind wenig erfreulich. Der deutsche Pfandbriefumlauf ist weiter abgenommen, und das Neugeschäft gering geblieben. Auch im April ist der Gesamtumlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen zurückgegangen. Der Pfandbriefumlauf allein hat sich gegen März 1932 um rund 12 Millionen im Inland und um rund 8 Millionen im Ausland vermindert. Während er im April 1931 im Inland 6,9 Milliarden betrug, betrug er am 30. April 1932 6,8 Milliarden, eine Abnahme um etwa 100 Millionen Reichsmark im Jahr. Solange die Hypothekendarlehen keine Pfandbriefe verkaufen können, können sie auch keine Hypotheken geben. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Kommunalobligationen. Die Schwierigkeit, neues Hypothekendarlehen zu erhalten, beeinträchtigt nicht nur am schwersten den Arbeitsmarkt, sondern bringt auch die Schuldner fälliger oder gekündigter Hypotheken in erhebliche Schwierigkeiten. Da auch die Realkreditinstitute befürchten müssen, sehr häufig bei einem Vorgehen gegen den Hypothekenschuldner keine Barmittel zur Abdeckung ihrer Verpflichtungen zu erhalten, sondern das Grundstück erwerben zu müssen, wird angeregt, daß auch für gekündigte und fällige Hypotheken ein Zwangsvollstreckungsschutz ermöglicht werde.

Im ganzen zeigen, nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung, die Sparanlagen des Deutschen Reiches Ende April gegenüber März infolge von Gutschriften aus Zinsen aus Aufwertungen zwar eine leichte Zunahme (sie betragen Ende April 9955,8 Mil-

tionen Reichsmark, gegen Ende März 9951,2 Millionen Reichsmark), aber die Sparkassen mußten auch in diesem April etwa 60 Millionen mehr Geld ausbezahlen, als bei ihnen eingezahlt wurde. Seit Beginn der Kreditkrise, die Mitte des Vorjahres 1931 einsetzte, ist diese Erscheinung konstant; es wurden bei den Sparkassen Monat für Monat mehr Gelder ausbezahlt als einbezahlt, wenn auch diese Bewegung abgeflaut ist, seitdem der Auszahlungsüberschuß mit 112 Millionen im August 1931 seinen Höhepunkt erreicht hatte. Seit Juni 1931 bis Ende d. J. haben die Sparkasseneinlagen um 1273 Millionen, das sind 13 Prozent, abgenommen. Bei Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Konsumvereinen beträgt der Gesamtzuwachs der Spareinlagen in diese Institute allein im zweiten Halbjahr 1931 2,1 Milliarden, das sind 12,7 Prozent. Am stärksten sind davon die Konsumvereine betroffen, was auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, wobei allerdings die zurückgezogenen Spareinlagen wohl meist zu Warenkäufen bei den Konsumvereinen benutzt wurden. Nicht weniger schwierig ist die Lage der gewerblichen Genossenschaftsbanken geworden, deshalb, weil sie die kurzfristigen Einlagegelder in allzu großem Umfang für langfristige, nun nicht fällige und auch nicht realisierbare Realcredite verwendeten, anstatt einen vorsichtigen Personalkredit unter sorgfältiger Beobachtung des individuellen Werts des Kreditnehmers zu betreiben. Die Genossenschaftsbanken mußten in großem Umfange bekanntlich Reichshilfe in Anspruch nehmen. Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich seit der Stabilisierung im Jahre 1923 bis Mitte 1931 in einer ständig aufwärts gerichteten Entwicklung befunden, aus der sie nun zurückgeworfen worden sind.

Zur Behebung der Schwierigkeiten der Weltkohlenproduktion haben seit Jahren Verhandlungen stattgefunden, die aber immer wieder ergebnislos geblieben sind. Mit dieser Frage beschäftigt sich nun eine Denkschrift des Völkerbundssekretariats, die aber auch in keiner Weise erkennen läßt, wie eine Lösung möglich wäre. Das Haupthindernis ist England, das, gestützt auf die günstige Transportlage seiner Gruben, ja bekanntlich auch in einem an Kohlen so reichen Land wie Deutschland erfolgreich zu konkurrieren verbleibt. Auch die Völkerbundsdenkschrift stellt fest, daß England zuletzt durch das Verlassen des Goldstandards aufs neue alle Anfänge einer internationalen Zusammenarbeit der Kohlenproduzierenden Länder gehemmt habe, und daß dann natürlich die anderen Kohlenländer zum Schutz ihrer Produktion Maßnahmen ergriffen, die weitere Hindernisse bilden mußten.

Kürzlich ist aber bezeichnender Weise gerade von englischer Seite an verschiedene Länder die Anregung ergangen, angesichts der geradezu trostlosen Lage des Weltkohlenmarkts erneut in Verhandlungen zum Abschluß einer internationalen Kohlenkonvention einzutreten, zum mindesten für bestimmte Sorten eine einheitliche Linie in den Preisen herbeizuführen. Die Erklärung für diesen englischen Schritt findet sich darin, daß trotz des englischen Valutadumpings sich die englische Kohlenausfuhr weiter verschlechtert hat, gerade auch nach Deutschland, aber auch nach Spanien und im Überseegebiet. Man schätzt die Galdenvorräte der englischen Bechen auf 4 bis 5 Millionen Tonnen. Zuletzt im September fanden in London Verhandlungen über eine internationale Verständigung statt, die aber gerade infolge des englischen Widerstandes keinen Erfolg hatten. Deshalb beurteilt man auch die Aussichten etwaiger neuer Verhandlungen gering, zumal ja auch das von der vorjährigen internationalen Arbeitskonferenz beschlossene Arbeitszeitabkommen, das die Grundlage für eine internationale Organisierung der Kohlenmärkte bilden sollte, bis jetzt von keinem der großen Kohlenproduktionsländer ratifiziert worden ist. So wird der Preiskampf auf dem Weltmarkt zu Schaden aller Beteiligten mit seinen Krisenwirkungen weitergehen, bis man endlich Wege der wirtschaftlichen Verständigung findet. \*\*

**Ministerpräsidentenwahl in Preußen wahrscheinlich am 22. Juni.** Wie es heißt, wird sich im Altkonvent des Preussischen Landtags eine Mehrheit für die Vorverlegung des Wiederzusammentritts des Landtagsplenums nicht finden. Dagegen dürfte auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung am 22. Juni auch die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten gesetzt werden. — Die deutschnationale Fraktion und die Kommunisten haben die Aufhebung der neuen preussischen Notverordnung beantragt.

**Alte Chronik**  
Das Schwurgericht Weimar verurteilte den 37 Jahre alten Landwirtschaftsgehilfen Alfred Ritter aus Klein-Remdach (Kreis Weimar) wegen Mordes zum Tode. Ritter hat vor 12 Jahren, am 18. Februar 1920, seine Geliebte, ein Dienstmädchen, durch 17 Messerstiche getötet. Damals rettete Ritter die falsche Aussage eines Zeugen, der nun Gewissensbisse bekam und gestand.

In Döhrte wird vom 23. bis 25. Juni eine Luft- und Gastausübung stattfinden.

Als Donnerstagabend im Saale des Schützenhauses zur Vorbereitung des für den 11. und 12. Juni geplanten deutschen Sängertages in Colmar (Mosel) eine Gesangsprobe abgehalten wurde, drang plötzlich eine Horde von ungefähr 50 polnischen Männern in den Saal und hieb mit Knütteln und Stuhlbeinen auf die Sänger und Sängerinnen ein. Viele Deutsche wurden verletzt. Vor dem Überfall war eine polnische Protestversammlung veranstaltet worden, an der Vertreter der Behörden teilnahmen und in welcher scharf gegen die Abhaltung des deutschen Sängertages Stellung genommen wurde.

Am Schalter einer Großbank in Zürich wurden am Donnerstag einer Kundin 75 000 Franken, die sie ausbezahlt erhalten hatte, von einem unbekannt gebliebenen Dieb entwendet.

## Das Programm des Reichsinnenministers

Freiherr von Gayl im Reichsrat

In der Vollziehung des Reichsrates am Donnerstag nahm der neue Reichsinnenminister, Freiherr von Gayl, Gelegenheit, um eine Reihe grundsätzlicher programmatischer Erklärungen über Kurs und Ziel der neuen Reichsregierung abzugeben, in denen er u. a. ausführte:

Nicht Ehrgeiz und Machtgier habe die jetzigen Regierungsträger zur Verantwortung gerufen, sondern einzig und allein das Gefühl der Pflicht, in dieser Notzeit dem Rufe des Reichspräsidenten zu folgen. Die Eigenart der deutschen Länder und Stämme sei etwas Heiliges, was des Verständnisses und der liebevollen Pflege bedürfe. Die Regierung werde die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder nicht antasten. Aus dieser Überzeugung würde die Reichsreform angefaßt werden. Das Gleiche gelte für die Verfassungsreform. Das Gerücht von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie sei ein törichtes und darum schädliches Gerücht. Er, der Minister persönlich, könne zwar seine selbstverworfene Überzeugung nicht verleugnen, daß die Monarchie für Deutschland die angemessenste Staatsform sei, die Regierung habe aber heute andere Aufgaben, als an die Lösung dieser Frage heranzugehen. Sehr energisch verbat sich der Minister jeden Zweifel an seiner, dem Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue.

Im übrigen sei die jetzige Regierung nicht die Vertretung einzelner Stände, oder Berufsinteressen, sondern sie sei zusammengesetzt aus Männern, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört. In diesem Sinne soll eine Neuordnung der Verhältnisse über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Mitberührung des bestehenden Zustandes erwartet. Das Kabinett gehe dabei von der Absicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann.

Hinsichtlich der Siedlungsfrage betont Reichsinnenminister von Gayl, daß eine gesunde, lebensfähige Stellen schaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Reihe von Maßnahmen ist, die für den Deutschen Osten getroffen werden müssen. Zur Beamtenfrage führte er aus, daß sich das Kabinett zum Berufsbeamtentum bekenne, und daß die Regierung bemüht sein wird, allen Beamtengraden und den Behördenangehörigen die Lasten der Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Hinsichtlich des gesamten kulturellen Lebens müsse insbesondere auch im Mundfunk und im Lichtspielwesen die Betonung für die Pflege deutschen Geistes stärker als bisher gefördert werden. Willkommen bei dem Bestreben der Regierung, die nationalen kulturellen Güter zu fördern, sei insbesondere die Mitarbeit der deutschen Jugend.

Die Geschäfte werde lehren, ob die jetzige Regierung mit ihrem Willen Recht getan habe.

Die Beratungen des Reichskabinetts gehen weiter. Zu Meldungen über Einführung einer Festsoldatensteuer von 1 1/2 Proz. wird erklärt, daß diese Probleme noch nicht über Ressortbesprechungen hinaus gehen und erst die Kabinettsberatungen eine Entscheidung bringen können.

Neuer Stellvertreter des Reichskanzlers. Die neue Reichsregierung hat entgegen der bisherigen Übung, diesmal keinen Beschluß über das Amt des Reichskanzlers gefaßt. Als Stellvertreter des Reichskanzlers von Papen gilt der dienstälteste Reichsminister, das ist der gegenwärtige Reichsaußenminister Freiherr von Neurath.

Der Abschied Brünings. Zu einer Darstellung des „Dortmunder Generalanlegers“ über die Empfänge Brünings beim Reichspräsidenten, die eine Anzahl Zeitungen übernommen haben, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Darstellungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Die Stimmlisten und Stimmkarteien für die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl werden vom 10. bis 17. Juli ausgelegt.

## Badischer Teil Ein Schritt der süddeutschen Länder

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* Die am Donnerstag in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag.

gez. Dr. Feld, Dr. Holz, Dr. Schmitt.“

Der Herr Reichskanzler wurde von dem Telegramm verständigt.

## Ministerialdirektor Dr. Schmidt 60 Jahre alt

\*\* Am 10. Juni vollendet der Ministerialdirektor im Justizministerium, Herr Dr. Friedrich Schmidt, sein 60. Lebensjahr. Seit einem Menschenalter steht der Jubilar an hervorragender Stelle im Dienste der badischen Justizverwaltung. Seine überaus großen organisatorischen Gaben, seine umfassende Rechtskenntnis und Verwaltungserfahrung sichern ihm die dankbare Anerkennung seiner Vorgesetzten und die Hochachtung aller Justizbeamten. Ihnen gilt er von jeher als leuchtendes Beispiel unermüdbarer Pflichttreue und hoher Berufsauffassung, ihnen ist er aber auch stets ein wohlwollender Vorgesetzter, Förderer und Berater gewesen. Besondere Fürsorge widmet er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für die erste juristische Staatsprüfung und als Personalreferent dem juristischen Nachwuchs. Junge und alte badische Juristen vereinen sich deshalb heute in dem herzlichsten Wunsche, daß der badischen Justizverwaltung die hervorragende Persönlichkeit des Jubilars noch lange in gleicher Weise und Tatkraft erhalten bleiben möge.

## Bodenfeeregulierung und Schiffbarmachung des Oberrheins

Mitteilungen im Landtag

Im Verlaufe der Einzelberatung über den Voranschlag des Finanzministeriums gab am heutigen Freitag im Badischen Landtag Ministerialdirektor Dr. Fuchs auf eine Anfrage des Abg. Amann (Zentr.) Auskunft über den Stand der Frage der Bodenfeeregulierung und Schiffbarmachung des Oberrheins. Er führte folgendes aus:

Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten gehen ununterbrochen weiter. Gegenwärtig wird insbesondere die Frage erörtert, ob durch die Bodenfeeregulierung unter Umständen die Schiffbarmachung des Rheines in seinem unteren und mittleren Lauf beeinträchtigt werden könnte. Darüber werden die Schiffahrttreibenden selbst gehört. Von der Verantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob das von der Schweiz im Benehmen mit Baden ausgearbeitete Projekt beibehalten oder gewisse Änderungen erfahren muß. Davon wird es auch abhängig sein, wie man das Projekt wird später finanzieren können. Die Finanzierung ist gegenwärtig so gedacht, daß die Rheinstraßenwerke am Oberrhein einen großen Teil der Kosten übernehmen. Je nachdem das Projekt abgeändert wird, werden diese Kraftwerke auch mehr oder weniger Nutzen davon haben.

Was die Kanalierung des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee anlangt, so wurde die Befürchtung geäußert, daß nach Fertigstellung des Kraftwerkes Birsefeld unter Umständen die Schiffbarmachung des Rheines bis Rheinfelden gefährdet werden könnte. Diese Befürchtung ist unbegründet, da die Schweiz daselbst Interesse an der Schiffbarmachung hat wie Baden. Es ist anzunehmen, daß bei Birsefeld eine Großschiffahrtsschleuse gebaut wird, ebenso wie bei Augst-Bühlern. Wir werden auch künftig darauf bedacht sein, daß die Interessen der Großschiffahrt gewahrt werden.

Hinsichtlich des Kraftwerkes Rembs gibt der Regierungsvorstand die Hoffnung aus, daß in den Verhandlungen mit Frankreich dieses einseht, daß es unredlich und unbillig wäre, den Nachbarn dauernd Schaden zuzufügen, ohne dafür aufzukommen.

## „Staatsgelderverschiebungen bei den Mittelbadischen Eisenbahnen A.G.“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: \*\* Unter diesem Titel erschien in den nationalsozialistischen Tageszeitungen „Der Führer“ (Folge 142 vom 8. Juni) und „Der Alemann“ (Folge 142 vom 8. Juni) ein Artikel, in dem die Behauptung aufgestellt war, daß bei der Mittelbadischen Eisenbahn A.G. Staatsgelderverschiebungen größeren Umfangs stattgefunden hätten. Der Finanzminister hat den beiden genannten Zeitungen daraufhin auf Grund des § 11 des Pressegesetzes folgendes Berichtigung gegehen lassen.

### Berichtigung:

Zu dem Artikel „Staatsgelderverschiebungen bei den Mittelbadischen Eisenbahnen A.G.“, der unter dem 8. Juni 1932 im „Führer“ (6. Jahrgang, Folge 142, Seite 4) erschienen ist, stellt das Badische Finanzministerium folgendes fest:

Unwahr ist, daß bei den Mittelbadischen Eisenbahnen A.G. irgendwelche Verschleppungen von Staatszuschüssen vorgekommen sind. Unwahr ist demnach auch, daß bei den Mittelbadischen Eisenbahnen A.G. ein Betrugsstand aufgedeckt worden ist.

Unwahr sind insbesondere folgende Behauptungen:

daß die vom Reich und vom Lande Baden für die Kehler Bahn zur Verfügung gestellten Zuschüsse zur Sanierung der Kehler Bahn verwendet worden seien,

daß der Wagenpark der Kehler Bahn auf Kosten des Staats neu aufgebaut und auch die Strecke neu umgebaut worden sei, ferner, daß die Gehälter und Löhne für die Kehler Bahn auf die Kehler Bahn gebucht worden seien und Schienen- und Kohlenlieferungen für die Kehler Bahn ebenfalls auf die Kehler Bahn verrechnet worden seien.

Unwahr ist auch, daß die Finanzämter hintergangen worden sind.

Unwahr ist ferner, daß „höheren Orts“ Versuche gemacht worden sind, um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen.

Wahr ist vielmehr, daß das im Artikel der Straßburger Neuesten Nachrichten vom 20. Mai 1932 erwähnte Aufsichtsratsmitglied — es handelt sich um einen früheren Bediensteten der Mittelbadischen Eisenbahnen A.G., der als Betriebsratsmitglied einige Zeit dem Aufsichtsrat angehört hat — in gehässiger Weise schon vor längerer Zeit Angriffe gegen die Leitung des Unternehmens gerichtet hat, die zu seiner rechtlichkräftigen Verurteilung wegen Verleumdung des Vorstandes der Gesellschaft führten. Die von den Aufsichtsratsmitgliedern eingeleitete Untersuchung wie die Gerichtsverhandlungen haben die Galtlosigkeit der damals erhobenen Vorwürfe ergeben.

Wahr ist, daß der vorerwähnte Angeklagte inzwischen erneut eine Anzeige mit dem im Eingang erwähnten Anschuldigungen bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hat; das Finanzministerium wird auch hier für eine reifliche Klarstellung hinsichtlich der erhobenen Anschuldigungen eintreten.

Wahr ist ferner, daß die Direktion der Mittelbadischen Eisenbahnen A.G. das Badische Finanzministerium sofort von dem Erscheinen des Artikels in den Straßburger Neuesten Nachrichten unterrichtet und gleichzeitig die Schriftleitung dieser Zeitung um Aufnahme einer Berichtigung ersucht hat. Die Straßburger Neuesten Nachrichten haben diesem Ersuchen entsprochen und die Berichtigung der Direktion in ihrer Ausgabe vom 4. Juni 1932 abgedruckt.

Wahr ist weiter, daß die Kehler Bahn und die frühere Kehler Bahn in einem einzigen Unternehmen, den Mittelbadischen Eisenbahnen A.G., zusammengefaßt sind, deren nahezu einziger Aktionär der Badische Staat ist. Mit Rücksicht auf die frühere Besetzung des Präsidentschloßes Kehl beteiligt sich das Reich an dem auf dem Kehler Zweig der Nebenbahnen aufkommenden Fehlbetrag nach einem vereinbarten Schlüssel. Dem entsprechend wird trotz der Einseitigkeit des Unternehmens der Haushalt der Kehler Bahn jährlich gesondert unter Mitwirkung des Reichs aufgestellt und von ihm genehmigt. Das Reich überwacht auch den richtigen Vollzug des Haushalts durch die Reichsbahndirektion Karlsruhe. Zu dieser besonderen, bei sonstigen Privatunternehmen nicht gebräuchlichen Prüfung tritt noch die eingehende Nachprüfung durch den Badischen Rechnungshof. Nach dem Ergebnis all dieser Prüfungen entbehren die aufgestellten Behauptungen, wie schon im Eingang erwähnt, jeder Grundlage.

Der Kreuzer „Karlsruhe“ traf heute, Freitag, in Seattle ein. Er wurde von den Einwohnern und Behörden herzlich begrüßt.

## Der neue Erzbischof

### Besuch bei der badischen Regierung, bei der evangelischen Kirchenregierung und beim Landtag

Der neuernannte Erzbischof Dr. Conrad Gröber hat am Donnerstagvormittag in Karlsruhe dem Staatspräsidenten sowie den übrigen Ministern seinen Antrittsbesuch abgehattet.

Um die Mittagsstunde begab sich der Erzbischof in das Gebäude des evangelischen Oberkirchenrats und stattete hier dem Kirchenpräsidenten D. Wirth einen Besuch ab.

Nach 1 Uhr mittags erschien der Erzbischof im Landtagsgebäude und gab seine Karte beim Landtagspräsidenten ab. Von den Mitgliedern des Präsidiums (Präsident Duffner ist wegen Krankheit noch nicht im Amt) war niemand mehr anwesend, da der Besuch des Erzbischofs nicht angekündigt worden war und am Donnerstag die Vormittagsitzung schon um 11 Uhr ihr Ende erreicht hatte. Die Mitglieder der Zentrumsfraktion waren in einem ihrer Räume zum Empfang des Kirchenfürsten versammelt. Nach der Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden besichtigte der Erzbischof das Landtagsgebäude und begab sich dann nach dem Pfarrhaus St. Stephan. Am späten Nachmittag fuhr Erzbischof Dr. Gröber nach Freiburg zurück.

In Freiburg übergab am Mittwochvormittag bei der Übergabe der Regierung Erzbischof Dr. Gröber dem Weihbischof Dr. Bueger die drei päpstlichen Urkunden, und zwar die Bulle über seine Ernennung zum Erzbischof, die Bulle über die Ernennung zum Metropolit der oberbayerischen Kirchenprovinz und die Bulle an das Metropolitankapitel, den Clerus und das katholische Volk mit der Ermahnung, zu Ehrfurcht und Gehorsam gegenüber dem neuen Oberhirten.

Kapitularkonferenz Dr. Sester, dessen Amt als Erzbistumsverweser nunmehr erloschen ist, brachte dem neuen Oberhirten seine besten Wünsche dar. Er sei immer beehrt gewesen, die Regierungsgeschäfte im Geiste der Kirche zu führen. Dr. Gröber dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und für die gewissenhafte Verwaltung der Erzdiozese durch Dr. Sester. Er fand dann ehrende Worte des Gebetens für den verstorbenen Erzbischof Dr. Carl Fröh. Er — Gröber — habe sein Amt nicht gesucht und nicht erstrebt. Nur umgeben sei er von der Diaspora Weichen geschieht. Er komme nach Freiburg, nicht um zu herrschen, sondern um zu dienen. Er möchte allen ein guter Seelsofger und wohlgestimmter Vater sein, ein besorgter und helfender Vater für das arme und geklüftete Volk, für das er alles opfern und hingeben wolle, was er nur entbehren könne.

## Der Etat des Finanzministeriums vor dem Landtag

33. Sitzung.

D.3. Karlsruhe, 9. Juni 1932.

Nachmittags nimmt in der fortgeführten Aussprache über den Etat des Finanzministeriums

zunächst Abg. Dr. Schmittner (D. Natl.) das Wort. Er begründet seinen Antrag auf Milderung und führt dann aus, die neue Reichsregierung habe seine Partei nicht an, sie distanzieren sich von ihr (Heiterkeit). Die grenzenlose Erfüllungspolitik habe die Kräfte geleert, habe die Erfüllung sozialer Aufgaben unmöglich gemacht (vehementen Widerspruch der Regierungsparteien). Jede Regierung werde genötigt sein, mit Notverordnungen zu arbeiten; es komme nur darauf an, wer diese Notverordnung erläßt. Die nationale Opposition habe nie goldene Berge versprochen. Es sei durchaus etwas Verschiedenes, wenn zwei das Gleiche tun. Finanzminister Dr. Matthes, der die Sammlung nach der Mitte gewollt habe, habe in Wirklichkeit den Anschlag nach links gefunden und damit die Weiterherrschhaft des Zentrums und der Sozialdemokraten und des heutigen Glends gefördert (vehementen Zwischenruf). Dem Minister sei zuzugeden, daß er fiktional mit träger Hand eingegriffen hat. Warum habe man nicht schon früher eine sparsame Finanzpolitik getrieben? Das Land Baden liege am Parlamentarismus todfrank darnieder. Dr. Matthes verdiene fiktional gut, im politischen Sach die Note ungenügend. Mit dem unnatürlichen Bündnis mit Zentrum und Sozialdemokratie lasse sich auf die Dauer eine gesunde Finanzpolitik nicht treiben. Man vermisste auch eine organische Sparpolitik. Staat und Gemeindefinanz ließen sich nicht trennen. Die Politik gegenüber den Gemeinden müßte die Deutschnationalen ablehnen. Die Schuld liege beim Reich. Die Stellung der badischen Regierung zu den Beamten fange an, lächerlich zu werden. In einem Augenblick, wo Deutschnationale und Nationalsozialisten in verschiedenen Länderregierungen säßen, fahre man fort, diese Parteien als Staatsfeinde zu verzeichnen.

Zum Etat bemerkt der Redner, der badische Staat fördere nicht in dem erwünschten Maße die heimische Industrie. Die Regiebetriebe lehne man grundsätzlich ab. Das Badenwerk arbeite zu teuer. Erwünscht sei eine Reorganisation der Baupflege. Alle möglichen Arbeiten müßten der privaten Architektenschaft zugeführt werden. Der Redner bemängelt die Art der Behandlung der Hebelberger Schlossgartenfrage und äußert zum Schluß seine Freude über die Aufhebung des Verfassungstages. Den Etat lehnen die Deutschnationalen ab.

Abg. Dr. Waelin (Staatsp.) legt dar, wenn man den Etat mit früheren Jahren vergleiche, so ergebe sich, daß den heutigen Verhältnissen durchaus Rechnung getragen sei. An den tatsächlichen Ausgaben wäre nichts mehr zu kürzen. Weitere Gehaltsentlastungen seien untragbar. Ersparnisse könnten nur erzielt werden bei Durchführung einer großzügigen Verwaltungsreform.

Der Redner wendet sich gegen die Anstellung in der Gehaltszahlung. Beförderung erwerde die Klassenlage der Gemeinden. Die Reserven seien heute sicher aufgebraucht. Den Luxus könnten wir uns nicht leisten, daß sich zwei so wichtige Faktoren wie Staat und Gemeinden stets befänden. Der Staat sollte den Gemeinden einen Weg zeigen, wie sie aus dem Dilemma herauskommen. Man sollte den Anstoß zu einer Aussprache geben. Wie steht es mit den Gehältern beim Badenwerk? Der Redner trägt einige Wünsche aus den Kreisen der Industrie vor. Wichtig sei die Unterhaltung der Landstraßen. Es bestehe die Gefahr, daß hier am falschen Platz geparkt wird. Die Durchführung des Hafzaba-Projekts würde vielen Erwerbslosen Beschäftigung bringen. Die Not der Jugend verlange die weitgehendste Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Erfreulich sei die Wiederherstellung des Fortstamms Weisach. Kein Verständnis habe man aber dafür, daß man das zweite Fortstam Freiburg aufheben will. Die Lage der Sparlosen wäre eine andere, wenn man nicht ständig das Gespenst der Inflation an die Wand gemalt und das Vertrauen untergraben hätte. Den Deutschnationalen Antrag betr. Milderung unterstützt der Redner in der Voraussetzung, daß die zu ergreifenden Maßnahmen auf dem Gesehewege erfolgen. Zum Antrag betr. Abau der Regiebetriebe bemerkt er, es liege erschütterndes Material aus dem ganzen Lande vor. In einer badischen Stadt befände das Handwerk heute nur noch 30 Reg. von dem, was ihm vordem zugehört wurde. Es könne nicht Aufgabe des Staates und der Gemeinden sein, die Lage des selbständigen Handwerks auf solche Weise zu erschweren. Diese Angelegenheit dürfe nicht bilateral behandelt werden. Wir hätten es nötig, daß im Mittelstande Verdrängung einsetzt.

Abg. Spielmann (Wirtschaftsp.) befürchtet angesichts der Schrumpfung der Wirtschaft für die nächsten Monate weitere gewaltige Steuerrückgänge. Der badische Finanzminister habe alles getan, um die Ausgaben soweit wie möglich zu droffeln. Es sei ein Fehler gewesen, daß man nach dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft infolge der Inflation durch Aufnahme von Auslandsanleihen eine Scheinblühnherbevorgerufen hat. Man müsse die Fehlleitungen an Kapital zugehen. Der neuen Reichsregierung sollte man Gelegenheit und Zeit lassen, zu zeigen, was sie kann.

Abg. Ewald (Ev. Volksp.) führt aus, helfen könne uns nur ein einiges geschlossenes Volk. Man sollte die neue Regierung nicht von vornherein bekämpfen. Es sei anzuerkennen, daß der badische Etat sparsam aufgestellt ist. Der Redner hofft, daß die Maßnahmen der Regierung auch künftig von sozialem Geiste erfüllt sind. Schwer tragen die Beamten am neuen Modus der Gehaltszahlung.

Hierauf nimmt Finanzminister Dr. Matthes

das Wort. Er führt aus, für ihn bestehe kein Anlaß, auf die allgemeinen Fragen der Reichspolitik einzugehen, die nur in losem Zusammenhang mit den badischen Finanzen stünden. Der Abg. Dr. Schmittner hat mir fiktional die Note gut, politisch die Note ungenügend gegeben. Ich meine, wenn sich die Politik in der Praxis bewährt, können wir zufrieden sein (Zurufe rechts). Die württembergischen Finanzen sind nicht besser als die unigen. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die sich heute von der neuen Reichsregierung so distanzieren haben, sollten doch gesehen, daß ihnen die neue Regierung außerordentlich sympathisch ist und ihren Tendenz entspricht (Sehr gut! bei den Regierungsparteien).

Zur Finanzlage übergehend, führt der Minister u. a. aus: Das Etatjahr 1931 schließt rechnungsmäßig mit einem Fehlbetrag von rund 27 Millionen Reichsmark ab. Darunter befinden sich aber 23 Millionen, mit denen die Gemeinden in ihren Zahlungen an den Staat im Rückstand sind. Wir haben an sich also einen befriedigenden Abschluß für 1931. An die Landesversicherungsanstalt haben wir 3 Millionen zurückbezahlt, damit die Renten aufrecht erhalten werden könnten. Außerdem haben wir im letzten Budgetjahr 7 1/2 Millionen Reichsmark kurzfristige Anleihen gebedt. Wir hoffen, für den Straßenaubau Mittel vom Reich zu erhalten. Die Aufwendungen für die Majolikmanufaktur waren in den letzten Jahren so ungeschwer groß, daß wenig Aussicht besteht, den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Nach den neuen Berechnungen der Steuerüberweisungen haben wir jetzt für Baden mit einem Fehlbetrag von 27 Millionen zu rechnen, wovon 1,9 Millionen zu Lasten des Landes fallen.

Der Minister weist an der Hand von Vergleichen nach, daß unsere Staatsaufstellung etwas besser war, als in allen anderen deutschen Ländern. Aber die Zweckmäßigkeit der Offenlegung der Steuerlisten gehe die Meinungen auseinander. Darum hat das Reich in dieser Sache bisher auch nichts unternommen. Wegen der Eisenbahnschuld haben wir beim Reichsgericht auf Feststellung unserer Quote geklagt.

Schuld an der Finanznot der Gemeinden trägt die ungeheure Erwerbslosenlast. Es handelt sich um eine Sache des Finanzausgleichs, an dem das Land gar nicht beteiligt ist. Das Problem kann nur vom Reich her gelöst werden. Ich war jederzeit zu einer Aussprache und Verständigung mit den Gemeinden bereit. Tausende Differenzen auf, so möge man keine Denkschriften verfassen, sondern sich zusammensetzen, um sich über diese Dinge zu unterhalten.

Der Minister beschäftigt sich des weiteren mit dem Fall des Fortrats Hug und geht dann auf die Wünsche des Bundes deutscher Kreisläufer ein. Im Jahre 1932 seien in drei Fällen staatliche Beamte mit Privatarbeiten beauftragt worden. Auch früher sei dies nicht in größerem Umfange geschehen. Die Angriffe gegen den Ministerialrat Dr. Girisch bezeichnet der Minister als ungerichtet. Er nimmt auch den Hofendirektor Dörner in Reht gegen die Vorwürfe in Schutz, die im „Führer“ vom 8. Juni gegen Dörner als Leiter der Mittelbadischen Eisenbahn-A.G. gerichtet wurden.

Gegenüber dem Einwand eines Redners gibt der Minister die ansehnlichen Zahlen über den Umfang der Steuernachlässe in Baden bekannt. Die Gehälter beim Badenwerk seien durch Privatverträge geregelt. Eine Änderung lasse sich nur mit dem Ablauf der Verträge herbeiführen. Was die Wünsche der Beamten in bezug auf die Gehaltszahlung betrifft, so wird der Minister jede Gelegenheit ergreifen, um vom Reich Mittel zugewiesen zu erhalten. Die Durchführung des Hafzaba-Projekts scheidet vorerst an dem Standpunkt des Reiches. Der Minister schließt: Das beste Zeichen für die Richtigkeit und die Qualität unseres Etats sei das Ergebnis der Beratungen darüber.

die Überprüfung der Gehälter geschehe. Die Herren mögen von sich aus Entgegenkommen zeigen. Gegen 20 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vor mittag 9 Uhr vertagt.

34. Sitzung.

D.3. Karlsruhe, 10. Juni 1932.

Vizepräsident Reinhold eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Die Aussprache über den Voranschlag des Finanzministeriums

wird fortgesetzt. Abg. Kästler (Zentr.) gibt verschiedene Anregungen zum Feuerlöschwesen und vertritt dann die Interessen von Bad Dürckheim, das sich zurückgesetzt fühle. Das Salinennetz sollte mehr Propaganda für das Dürckheimer Salz machen.

Abg. Ruhn (Zentr.) polemisiert, häufig von heftigem Widerspruch und Zwischenrufen unterbrochen, gegen die Rechte. Man habe kein Verständnis dafür, daß angesichts der bevorstehenden wichtigen internationalen Verhandlungen ein Kabinettswechsel erfolgen mußte. Die Aufgabe der neuen Reichsregierung scheine zunächst nichts anderes zu sein, als die Hausmacht Hitlers wiederherzustellen. Man wolle die Siedlungsfrage vom Standpunkt der ostelbischen Großgrundbesitzer auslösen. Dabei habe Dr. Brüning das Meinungs-möglichkeit für den deutschen Osten getan. Es wäre interessant, von den Nationalsozialisten zu erfahren, wie sie sich zur Entscheidung von Reichskommissaren in einzelne deutsche Länder stellen. Der Abg. Köhler hätte am badischen Etat nichts anzusetzen; es wäre zu wünschen, daß er dies in den nächsten Wochen auch drängen lasse. Die bisherigen Maßnahmen der neuen Regierung seien nicht erfreulich. Die Regierung Brüning habe in der Frage der Arbeitsbeschaffung, des freiwilligen Arbeitsdienstes und auf dem Gebiete der Siedlungspolitik eine konsequente Politik verfolgt. Ihr Programm hätte mindestens einer Million Arbeitslosen Beschäftigung gegeben. Die Regierung von Papen habe scharfe Kritik an ihrer Vorgängerin geübt; sie müsse sich gefallen lassen, daß man auch sie kritisiert. Die Regierung Brüning habe mit der Erfüllungspolitik aufgeräumt. Daß in Württemberg die Finanzen leichter in Ordnung zu halten seien, liege an den dortigen günstigeren Wirtschaftsverhältnissen. Der deutsche Städtetag habe an die Regierung von Papen die Forderung gestellt, daß sie die von Brüning den Gemeinden gemachten und vorbereiteten Zusicherungen durchführt. Die Regierung Brüning habe auch die Vorbereitungen getroffen, um die Sozialversicherung und Sozialpolitik zu retten. Heute bestehe die Gefahr, daß die neuen Nachhaber und ihre Hintermänner die deutsche Sozialpolitik zerbrechen werden.

Der Redner fährt fort: Die staatlichen Unternehmungen abzubauen wäre gefährlich. An der Arbeitslosenversicherung wie an der Sozialversicherung überhaupt müsse unter allen Umständen festgehalten werden.

Abg. Fischer-Konstanz (Staatspartei) weist darauf hin, daß auch das Gewerbe erhebliche Opfer für den Staat bringe. Er klagte über die Art der Arbeitsvergebung im Bereiche der Wasser- und Straßenbauämter. Nicht das billige, sondern das angemessene Angebot müsse Berücksichtigung finden. Der gewerbliche Mittelstand habe ein Anrecht auf Schutz und Arbeit. Der Redner unterstützt das Verlangen des Abg. Amann auf Dotation des Rheinischfährtsverbandes und freut sich gleichfalls über den guten Zustand der Domäne Meersburg. Erwünscht wäre eine Renouierung des Landgerichts und der Gefängnismanier in Konstanz. Redner hofft auf eine Gestaltung des kleinen Grenzverkehrs im Sinne der gegenseitigen Zugeständnisse der Lebensnotwendigkeiten.

Finanzminister Dr. Matthes

teilt auf den Antrag Fischer-Konstanz, betr. Erlass der Grund-erwerbsteuer für Bauhandwerker, die bei Zwangsversteigerungen Neubauten erwerben müssen, um wenigstens einen Teil ihrer Kauforderungen bezahlt zu erhalten, den ablehnen den Beschluß der Reichsfinanzverwaltung mit. Der Minister geht dann auf einige in der Debatte aufgeworfene Fragen ein.

Eine deutschnationale Anfrage zum Schritt der süddeutschen Länder.

Vizepräsident Reinhold gibt eine förmliche Anfrage der Deutschnationalen bekannt. Die Auskunfts über die Gründe verlangt, die die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden zu ihrem Schritt beim Reichspräsidenten veranlaßt haben.

Abg. Arnold (Soz.) ist Gegner des Arbeitsdienstpflichtigesetzes und für Meliorierung auf dem Wege der freien Vereinbarung. Der Redner bespricht insbesondere Fragen des Straßenbaues. Als Ziel der neuen Reichsregierung bezeichnet er die Aufräumung mit der Sozialgesetzgebung.

Abg. Vot (Komm.) beschäftigt sich mit der Lage der Kleinbrenner. Er fordert, daß die mit bäuerlichen Familienbetrieben verbundenen Kleinbrennereien aus dem staatlichen Monopol herausgenommen werden und unter Befestigung der Kontingentierung ihre Selbständigkeit wieder erhalten.

Abg. Schmidt-Dretten (Natsoz.) betont gegenüber Ausführungen des Abg. Ruhn, die NSDAP. verfolge ihre Ziele auf legalem Wege. Der Redner wirft dem Zentrum dessen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie vor.

Abg. Köhler (Soz.) bespricht die Finanzverhältnisse. Die Arbeiterkassette sei der notleidende Teil. Solange ein neuer deutsch-schweizerischer Handelsvertrag nicht zustandekomme, sollte wenigstens der kleine Grenzverkehr geregelt werden.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Köhler (Soz.), Ruhn (Zentr.), Dr. Schmittner (D. Natl.), Markhoff (Soz.) und Schmidt-Dretten (Soz.) wird die Aussprache geschlossen. Die Berichterstatter verzichten auf das Schlusswort. Das Haus kann zur Abstimmung

schreiten. Die Beschlüsse des Ausschusses finden Zustimmung, weitergehende Anträge werden abgelehnt.

Der Gesamtetat des Finanzministeriums wird mit 57 Stimmen gegen 12 Stimmen der Opposition angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. — Nächste Sitzung: Mittwoch, den 15. Juni, vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Anträge und Gesetze, sowie zum Schluß die Verabschiedung des Finanzgesetzes.

Es ist mit der Schließung des Landtags am Mittwoch, spätestens aber am Donnerstag kommenden Woche zu rechnen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagvormittag: Das von Westen herangezogene Hochdruckgebiet hat nun auch für Süddeutschland Aufheiterung gebracht. Es wird unsere Witterung auch morgen beherrschen. — Voraussage: Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters bei östlichen bis südöstlichen Winden. Tagsüber stärkere Erwärmung.

Der Verband badischer Haus- und Grundbesitzervereine e. V. tagt am Sonntag, den 12. Juni, in Offenburg.

## Mühlen Franck



macht jedes Kaffegetränk billiger! Probieren Sie einmal, damit Sie sich davon überzeugen, daß selbst der dünnste Kaffee durch die gute Kaffeewürze Mühlen Franck herzhafter, wohlschmeckender und billiger wird.

Die Abg. Engelhard (Zentr.) und Gagin (Nat.-Soz.) begründen ihre Anträge zugunsten der badischen Kleinbrenner. Letzterer wendet sich gegen die hohen Nachpreise für Domänengrundstücke und tritt für Übernahme der Feldbergstrafe in den Landstraßenverband ein.

Abg. Amann (Zentr.) bittet um soziales Verständnis für die unteren Beamten bei Umstellung der Gehaltszahlung. Er hat ferner verschiedene Wünsche an die Steuerbehörde, und solche, die sich auf die Denkmalspflege u. a. beziehen. Es handelt sich vornehmlich um Anliegen der Seegend. Der Redner fordert einen stärkeren polizeilichen Schutz der Fischpächter und fragt, ob durch das Kraftwert Kembs nicht etwa landwirtschaftliche Interessen beeinträchtigt würden. Er gibt ferner Anregungen hinsichtlich des Straßenbaues, der Bodenverbesserung und Siedlung im eigenen Land, um dann Fragen der Rheinischfährts im Zusammenhang mit der Bodenbesetzung zu besprechen. Er empfiehlt eine kleine Dotation des Rheinischfährtsverbandes Konstanz, so wie es früher der Fall war. Dem Ministerialdirektor Dr. Fuchs gebühre für seine Tätigkeit in der Internationalen Rheinischfährtskommission herzlichen Dank. Der Redner verweist auf lokale Schwierigkeiten, die sich seit Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages im kleinen Grenzverkehr eingestellt haben. Zum Badenwerk bemerkt der Abg. Amann, die Gebühren ließen sich wohl noch senken, wenn etwas gegen

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Die Streiks an den Wasserbauten**  
 6ld. Hirschhorn, 9. Juni. Obwohl in einer gestrigen Ver-  
 sammlung die Durchführung des Streiks an den Staustufen  
 beschlossen worden war, erschien heute der größte Teil der Be-  
 legschaft auf der Baustelle, um die Arbeit zu den tariflichen  
 Lohnsätzen wieder aufzunehmen. Damit dürfte der fast vier-  
 wöchige Streik der hiesigen Staustufe sein Ende gefunden  
 haben. Auch an der Staustufe Rodenau wird jetzt wieder voll  
 gearbeitet. Die Unternehmung der Unruhen hat zu drei Verhaf-  
 tungen geführt.

93. Waldshut, 9. Juni. Bei den Kraftwerksbauten Albrun-  
 Dogern und Schlussee ist die Streiklage unverändert. Die  
 Streikenden haben einen neuen Beschluß gefaßt, der sich für die  
 Weiterführung des Streikes ausdrückt.

**Rundgebungen in Pforzheim**  
 6ld. Pforzheim, 9. Juni. Im Zusammenhang mit den Rund-  
 gebungen der streikenden arbeitspflichtigen Erwerbslosen wu-  
 den in den letzten zwei Tagen rund 50 Verhaftungen vorge-  
 nommen. 20 der Verhafteten hatten sich heute bereits wegen  
 Teilnahme an nicht genehmigten Umzügen vor dem Schnellrich-  
 ter zu verantworten. 11 von ihnen wurden zu je drei Tagen  
 Gefängnis, drei zu je drei M und einer zu 30 M Geldstrafe  
 verurteilt. Fünf wurden freigesprochen.  
 Gestern abend nach 8 Uhr sammelten sich auf dem Marktplatz  
 gegen 300 Personen an, die es in der Hauptstraße auf Ruhe-  
 führung abgesehen hatten. Die Polizei wurde beschönigt. Schließ-  
 lich mußte eine große Polizeiabteilung den Platz räumen. Auf  
 dem Marktplatz und auch auf den anderen Plätzen bildeten sich  
 Sprechkreise. Es handelt sich anscheinend um auswärtige, nach  
 hier gelommene Agitatoren. Auch am Donnerstag kam es fast  
 den ganzen Tag hier zu weiteren Erwerbslosenrundgebungen.  
 Wiedermum versuchten die Erwerbslosen Arbeitswillige von der  
 Aufnahme ihrer Tätigkeit abzuhalten. Zu größeren Zwischen-  
 fällen kam es bei den städtischen Märkten im Gutinger Tal.  
 Hier mußte das Überfallkommando eingreifen. Beim Zerstreuen  
 der Ansammlungen wurden 18 Kundgeber festgenommen.

93. Mannheim, 9. Juni. Wie wir hören, wird Dr. Kemmel  
 in allerhöchster Zeit seinen hiesigen Posten als Direktor der  
 „Volkstimme“ verlassen, um einen Direktorposten bei der  
 Großhandelsfirma in Hamburg (Zentrale der Deutschen  
 Konsumvereine) zu übernehmen. Er wird wahrscheinlich nicht  
 mehr für Mannheim zum Reichstage kandidieren.

6ld. Willstadt (bei Kehl), 9. Juni. Im fast vollendeten 70. Le-  
 bensjahr verstarb hier unerwartet rasch Altbürgermeister und  
 Altbeizrats Ludwig Neß III., ein weit über die Grenzen sei-  
 ner Heimat hinaus gut bekannter und geachteter Mann. 1903  
 bis 1918, also in schicksalsschwerster Zeit, lenkte er die Geschäfte  
 der Gemeinde, um die er sich große Verdienste erwarb.

93. Freiburg i. Breisgau, 9. Juni. Wie erinner-  
 lich, hatte am 9. Oktober 1931 das Freiburger Schwurgericht  
 den am 21. April 1902 in Steinen i. B. geborenen Albert  
 Fischein wegen vorsätzlicher Tötung seines 6 Wochen alten  
 Kindes zum Tode verurteilt. Wegen eines Formfehlers war  
 das Urteil bekanntlich vom Reichsgericht an das Freiburger  
 Schwurgericht zurückverwiesen worden. Am 18. April d. J.  
 erkannte sodann das Reichsgericht gegen Albert Fischein wegen  
 Totschlags auf 6 Jahre Zuchthaus. Wegen dieses Urteils hatte  
 die Staatsanwaltschaft Freiburg beim Reichsgericht Berufung  
 eingelegt, die in diesen Tagen aber wieder zurückgezogen

wurde. Das Urteil der zweiten Schwurgerichtssitzung ist da-  
 durch rechtskräftig geworden.

93. Badenweiler, 10. Juni. Der bayerische Minister-  
 präsident, Dr. Held, ist im Tiermarktorat Badenweiler ein-  
 getroffen.

6ld. Bruch, 10. Juni. Die Verhandlungen zwischen der  
 Reichsbahndirektion Karlsruhe und dem Ranton Basel über  
 Austausch eines schweizerischen Gebietes zur Vergrößerung  
 der Abstellgleise der Reichsbahn sind nunmehr zum Abschluß  
 gekommen. Das schweizerische abzutretende Gelände  
 umfaßt 3221 Quadratmeter zum Preise von 56 988 Franken.  
 Das von der Reichsbahn abgetretene Land umfaßt 14 577  
 Quadratmeter zum gleichen Preis.

**Arbeitsdienst in Billingen.** Im Wege des freiwilligen Ar-  
 beitsdienstes will die Stadt Billingen den teilweisen Abbruch  
 der Ruinen der Feldmühle sowie die Herrichtung des hier  
 vorbeiführenden Fußweges durchzuführen lassen. Mit der Ar-  
 beit können 20 junge Leute für längere Zeit beschäftigt  
 werden.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank (Antität)

|                      | 10. Juni |        | 9. Juni |        |
|----------------------|----------|--------|---------|--------|
|                      | Geld     | Brief  | Geld    | Brief  |
| Amsterdam 100 G.     | 170.68   | 171.02 | 170.73  | 171.07 |
| Kopenhagen 100 Kr.   | 84.57    | 84.73  | 84.57   | 84.73  |
| Italien . . . 100 L. | 21.60    | 21.64  | 21.61   | 21.65  |
| London . . . 1 Pf.   | 15.55    | 15.95  | 15.48   | 15.50  |
| New York . . 1 D.    | 4.209    | 4.217  | 4.209   | 4.217  |
| Paris . . . 100 Fr.  | 16.60    | 16.64  | 16.605  | 16.645 |
| Schweiz . . 100 Fr.  | 82.30    | 82.46  | 82.34   | 82.50  |
| Wien 100 Schilling   | 51.95    | 52.05  | 51.25   | 52.05  |
| Braç . . . 100 Kr.   | 12.465   | 12.485 | 12.465  | 12.485 |

#### Börsen und Geldmarkt

An den Börsen ist wieder eine nüchterne Auffassung der  
 Lage eingetreten. Das Geschäft war in dieser Woche außer-  
 ordentlich still. Da die Regierungserklärung noch viele Fra-  
 gen offen läßt, herrscht Unsicherheit über die nächsten Maß-  
 nahmen des Kabinetts. Dies veranlaßte stärkste Zurückhaltung.  
 Die Rentenkurve waren relativ fest, die Aktienkurve im Durch-  
 schnitt behauptet. Die Tendenz ist nicht unfreundlich.

Auf dem Geldmarkt hat der Ultimo einen ziemlich leichten  
 Verlauf genommen. Für die nächste Zeit wird mit einem er-  
 heblichen Kassenbedarf des Reiches gerechnet. Die Banken  
 können sich zur Kreditübergabe bei ihrer augenblicklichen Lage  
 nur bei entsprechender Kreditnotzulage der Reichsbank bereil-  
 finden. Der Geldmarkt dürfte aber insofern nicht verknapp  
 werden, als die dem Reich zu gewährenden Gelder wieder  
 zurückfließen. Die Devisenlage blieb im ganzen unverändert.

#### Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abt.)  
 vom 8. Juni d. J. beträgt der Londoner Goldpreis am 8. Juni  
 für eine Unze Feingold 113 sh 0 d, in deutsche Währung  
 nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom  
 8. Juni mit 15,45 M.M. umgerechnet 87,2925 M.M., für ein  
 Gramm Feingold demnach 43,5964 Pence, in deutsche Wäh-  
 rung umgerechnet 2,80652 M.M.

### Staatsanzeiger

**Berichtigung**  
 In dem Hunderlah des Ministers der Finanzen vom 3. Juni  
 1932 Nr. 7129 der Karlsruher Zeitung, Badischer Staats-  
 anzeiger Nr. 130 vom 7. Juni 1932 muß es in Abschnitt II  
 zu den §§ 36, 37, 38 und 65a Absatz 3 Zeile 6 richtig  
 April 1926 statt April 1932 heißen.

### Personeller Teil

**Ernennungen, Verlegungen, Zurückverlegungen usw.  
 der planmäßigen Beamten  
 Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und  
 Unterrichts.**

**Ernannt:**  
 Die Professoren: Wilhelm Armbruster am Gymnasium  
 Konstanz zum Direktor am Gymnasium Lörrach, Karl Weh-  
 ner am Gymnasium Karlsruhe zum Direktor am Gymnasium  
 Offenburg, Dr. Rudolf Horn an der Mädchenrealschule mit  
 W.R. und W.G. Heidelberg zum Direktor an der Realschule  
 Emmendingen, Hermann Schindler am Realgymnasium II  
 (Leistungsschule) Mannheim zum Direktor am Gymnasium  
 Durlach.

**Verlegt in gleicher Eigenschaft:**  
 Die Direktoren: Dr. Anton Braun von der Rotted-Ober-  
 realschule in Freiburg an das Realgymnasium daselbst, Dr.  
 Max Breithaupt vom Gymnasium in Tauberbischofsheim an  
 jenes in Konstanz, Eugen Emmerich von der Realschule in  
 Eppingen an das Realgymnasium in Buchen-Wallbüren, Rein-  
 hard Fischer von der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg an  
 das Realgymnasium I in Mannheim, Dr. Heinrich Friedrich  
 von der Mädchenrealschule in Lobt an die Realschule in  
 Oberkirch, Dr. Wilhelm Hansen von der Realschule in Ober-  
 kirch an das Realgymnasium in Mosbach, Dr. Hermann Kra-  
 fer vom Gymnasium in Lörrach an jenes in Mannheim,  
 Dr. Albert Kunkemüller von der Neuburg-Oberrealschule an  
 die Rotted-Oberrealschule in Freiburg, Hermann Lang vom  
 Realgymnasium in Buchen-Wallbüren an das Gymnasium in  
 Tauberbischofsheim, Dr. Hermann Oster vom Gymnasium  
 in Durlach an jenes in Heidelberg, Dr. Franz Reich vom  
 Gymnasium in Offenburg an jenes in Karlsruhe, Max We-  
 ber vom Gymnasium in Konstanz an jenes in Baden-Baden.

**Ernannt zu Studienräten die Gewerbeschulen:**  
 Ernst Hoffstein an der Gewerbeschule in Offenburg, und  
 Friedrich Hub an der Goldschmiedeschule in Pforzheim.

**In den einstufigen Ruhestand verlegt:**  
 Rektorin Maria Riegel in Mannheim; Hauptlehrerin Anna  
 Mayer in Heidesheim.

**Auf Ansuchen in den einstufigen Ruhestand verlegt:**  
 Studienrat Otto Haug, Vorstand der Gewerbeschule Kar-  
 lden; Studienrat Karl Schweinle an der Gewerbeschule in  
 Bah; Fortbildungsschulhauptlehrerin Auguste Rille geb. Wa-  
 gner in Schweizingen.

**Gestorben:**  
 Reallehrer Josef Ludwig an der Realschule in Breisach.

**Finanzministerium:**  
 Fortabteilung

**Planmäßig angestellt:**  
 Förster Burchard Bacher in Karlsdorf und die Fortassis-  
 tenten Franz Zeile in Pletten, Otto Kaiser in Adelsheim, Josef  
 Riehl in Neulingen, Alois Seubert in Wallbüren, Rocco Trüsch-  
 ler in Karlsruhe.

**Für Reise u. Wanderung**

empfehlen wir unsern Mitgliedern:

|  |  |
|--|--|
| <b>Dauerwurst</b>  | <b>Käse</b>  |
| Salami u. Cervelatwurst 40 Pf.<br>I. Qualität . . . 1/4 Pfund                      | Limburger offen, 1/4 Pfd. 10 Pf.<br>Emmenthaler offen 1/4 Pfd. 35 Pf.<br>Münsterkäse I. Qualität 1/4 Pfd. 36 Pf.<br>Streichtilsiter Stück 40 Pf. |
| Bierwurst I. Qualität 30 Pf.<br>1/4 Pfund  | sowie große Auswahl anderer Käse-<br>sorten in allen Preislagen  |
| Mettwurst I. Qualität 30 Pf.<br>1/4 Pfund  |  |
| Krakauer I. Qualität 22 Pf.<br>1/4 Pfund   |  |
| Landjäger Paar 25 Pf.  |  |
| <b>fst. gekocht. Schinken</b> 32 Pf.<br>hervorrag. Qual. 1/4 Pfund                 | <b>Besonders preiswert:</b><br>Edamer Käse 30 % ig 1/4 Pfd. 15 Pf.   |
| Oelsardinen Dos. 22, 36, 50 Pf.<br>zu Knorr  | Bananen . . . . . Pfd. 44 Pf.  |
| Erbswurst von 20, 30 u. 40 Pf.   | Orangen . . . . . Pfd. 32 Pf.  |
| Suppenwürfel verschied. Sort. v. Maggi u. Knorr Stück 10 Pf.                       | Zitronen . . . . . Stück 6 Pf.   |
| <b>Feinster Himbeersaft</b> 1/2 Flasche 1,35 ohne Glas<br>1/2 Flasche 75 ohne Glas |  |

**Schokoladen und Bonbons**

Wir bitten unsere Mitglieder, nicht nur auf die vorteilhaften Preise, sondern auch auf die anerkannt guten Qualitäten zu achten!

Warenabgabe nur an Mitglieder! L. 915

**Lebensbedürfnisverein**

**8% Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1926**  
 Die auf 1. Oktober 1932 fällige 6. Tilgungsrate  
 obiger Anleihe im Betrage von 316 000 M ist durch  
 Ankauf beschafft worden; eine Auslösung findet daher  
 in diesem Jahre nicht statt.  
 Mannheim, den 9. Juni 1932. L. 913  
 Der Oberbürgermeister.

**Formulare**  
 Liefert preiswert  
**G. Braun Gmb.**  
 Karlsruhe  
 Karl-Friedrich-Str. 14

**Bekanntmachung über die Frist für die Abgabe  
 von Gewerbesteuererklärungen**

Die Erklärungen über das der bad. Gewerbesteuer  
 1932 unterliegende Betriebsvermögen sind in der Zeit  
 vom 16. bis 30. Juni 1932  
 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrude abzu-  
 geben. Soweit nicht den Pflichten den Vorbrude gleich-  
 zeitig mit einer besonderen Aufforderung zur Abgabe  
 einer Steuererklärung zugesandt werden, können sie  
 unentgeltlich von den Finanzämtern und den Kassen-  
 hilfstellen der Finanzämter bezogen werden.  
 Bis zum Ablauf der genannten Erklärungsfrist können  
 auch Anträge in bezug auf das der bad. Grundsteuer  
 unterliegende Grundvermögen gestellt werden. Wegen  
 des Preises der zur Abgabe einer Gewerbesteuer-  
 erklärung verpflichteten Personen usw. sowie wegen der  
 für die Gewerbesteuererklärung bedeutsamen Vorschriften  
 des bad. Grund- und Gewerbesteuergesetzes wird im  
 übrigen auf die öffentlichen Anschläge an den Amts-  
 tafeln der Finanzämter, der Hilfsstellen und der Bür-  
 germeisterämter verwiesen.  
 Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land,  
 Durlach und Ettlingen.

**Spar- und Waisenkasse Waiblingen**

(Öffentliche Sparkasse)

**Bilanz per 31. Dezember 1931**

| Activa   | Passiva                                      |
|--|--|
| 1. Kassenbestand . . . . . 5 199,54            | 1. Spareinlagen . . . . . 909 374,88         |
| 2. Privatbanken . . . . . 856,50               | 2. Komm. Landesbank . . . . . 3 873,69       |
| 3. Postsparkguthaben . . . . . 4 755,96        | 3. Kontoforrent-Einlagen . . . . . 40 461,23 |
| 4. Kontoforrent-Kredite . . . . . 156 866,73   | 4. Durchlaufende Kredite . . . . . 3 417,13  |
| 5. Wechsel . . . . . 6 409,35                  | 5. Rücklagen . . . . . 46 625,06             |
| 6. Eigene Wertpapiere . . . . . 544,70         | 6. Reingehöru                                |
| 7. Hypotheken-Darlehen . . . . . 457 315,96    | vom Jahre 1931 . . . . . 18 315,97           |
| 8. Schuldschein-Darlehen . . . . . 212 637,06  | — Abale . . . . . 1 500,—                    |
| 9. Einlage b. Giroverband . . . . . 14 800,—   |  |
| 10. Grundstückskaufgelder . . . . . 11 008,50  |  |
| 11. Zinsrückst. a. Neugefch. . . . . 19 237,68 |  |
| 12. Aufwertungsforderung . . . . . 136 833,98  |  |
| 13. Grundstücke . . . . . 1,—                  |  |
| 14. Gerätschaften . . . . . 1,—                |  |
| — Abale . . . . . 1 500,—                      |  |
| <b>1 027 067,96</b>                            | <b>1 027 067,96</b>                          |

**Berechnung der Rücklage**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen  
 8% aus 940 836,11 M . . . . . = 75 868,88 M  
 Sie beträgt auf Schlß des Jahres 1931 . . . . . 64 931,03 M  
 Somit weniger . . . . . 11 037,85 M

Waiblingen, den 3. Juni 1932. L. 913  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
 Spiegel.  
 Der Geschäftsleiter:  
 Schäfer.